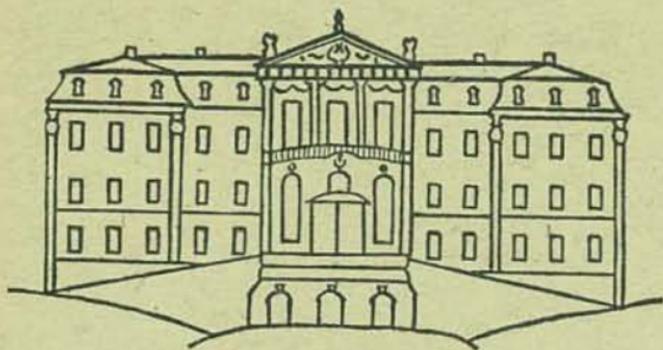


Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Einig im Kampf
gegen Kolonialismus und Imperialismus

Die II. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz
11.—15. April 1960 in Conakry



47

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus

Die II. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz
11.—15. April 1960 in Conakry

47

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

Einleitung	5
Getreu den Prinzipien von Bandung	8
Gegen Imperialismus und Kolonialismus	10
„Das Menschenrecht ist auf unserer Seite“	14
Der Kampf geht weiter	20
Millionen klagen an	24
Die Kampfsolidarität wurde gefestigt	27
Die Haltung der beiden deutschen Staaten zur nationalen Befreiungsbewegung	30

Einleitung

Im Gefolge des zweiten Weltkrieges ist die nationale Befreiungsbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern Asiens und Afrikas immer stärker angewachsen.

Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war in der bis dahin nur wenig erfolgreichen nationalen Unabhängigkeitsbewegung eine Wende eingetreten. Die Gründung der sozialistischen Sowjetunion hatte bewiesen, daß die Völker sich von der imperialistischen Unterdrückung befreien können, daß das Zeitalter des Imperialismus seinem Ende entgegengeht. Die Existenz der Sowjetunion, ihre Entwicklung, der Aufschwung ihrer Wirtschaft, ihr Kampf um den Frieden, ihre Nationalitätenpolitik (Gleichheit, Recht auf Selbstbestimmung und brüderliche Hilfe) waren zum leuchtenden Fanal für die Freiheitskämpfer aller Länder geworden.

Während des zweiten Weltkrieges kämpften Soldaten aus den Kolonien in den Armeen der Antihitlerkoalition gegen die deutschen, italienischen und japanischen Aggressoren. In ihr Bewußtsein drang damals die Frage: Sollten sie im Kampf für Freiheit und Demokratie Blut und Leben geopfert haben, um selbst weiter unter der Knute ihren alten Kolonialherren zu bleiben? Ihr Begehren nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit wurde übermächtig, und so war schließlich der Freiheitskampf zunächst in der Mehrzahl der asiatischen Staaten, später auch in einer Anzahl afrikanischer Länder von Erfolg gekrönt. Es entstanden eine Reihe junger Staaten, deren politische Grundtendenz auf eine völlige Unabhängigkeit und damit auch auf eine klare Absage an den Imperialismus orientiert ist.

Von der Erkenntnis geleitet, daß der Kampf gegen den Imperialismus nur dann erfolgreich sein kann, wenn dem gemeinsamen Feind die gemeinsame Kraft entgegengestellt wird, fanden sich im April 1955 in Bandung Vertreter von 29 afrikanischen und asiatischen Staaten, die etwa drei Fünftel der Weltbevölkerung repräsentierten, zu einer historisch außerordentlich bedeutsamen Konferenz zusammen, die der ganzen Welt das Erwachen Asiens und Afrikas verkündete. Ohne Ansehen der unterschiedlichen Glaubensbekenntnisse, Traditionen, politischen und ideologischen Positionen gaben sie der Welt ein Beispiel brüderlicher Zusammenarbeit. In Bandung bekannten sich die teilnehmenden Staaten nicht nur zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die auf der Leninschen These von der Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderlebens von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung basieren — sie forderten auch die endgültige Beseitigung des Kolonialismus, sagten dem Imperialismus den Kampf an und bekundeten die Solidarität der afro-asiatischen Staaten.

Von Bandung führte ein gerader Weg zur I. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz im Dezember 1957 in Kairo, an der mehr als 550 Delegierte, Vertreter von 44 Nationen Afrikas und Asiens teilnahmen. Nachdrücklich bekannte sich die Kairoer Konferenz zu den Prinzipien von Bandung und damit zu der Forderung nach friedlicher Koexistenz. Entschieden nahmen die Delegierten dieser Konferenz Partei für den Frieden, forderten die Einstellung des kalten Krieges, bezogen in Resolutionen eine klare Stellung gegen Atomwaffen und Werrüsten, gegen aggressive Militärpakte, gegen Kolonialismus und Rassendiskriminierung und beschäftigten sich mit den Fragen einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung der bisher von den Kolonialmächten ausgebeuteten Länder. Die I. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz trug auch dem Begehren nach einer ständigen Zusammenarbeit Rechnung und beschloß die Bildung eines Ständigen Sekretariats der afroasiatischen Völkersolidarität, dem Vertreter der Sowjetunion, der Volksrepublik China, Kameruns, Ghanas, Indiens, Indonesiens, des Irak, Japans, des Sudan und der Vereinigten Arabischen Republik angehörten.

In der folgenden Zeit sollte sich die afro-asiatische Solidarität zu wiederholten Malen bewähren. Sie stellte sich auf die Seite der arabischen Brüder, als die Imperialisten die Völker des Nahen Ostens bedrohten, und sie gab vor allem den um ihre Freiheit ringenden afrikanischen Völkern ihre Unterstützung. Nach den Konferenzen von Bandung und Kairo ist bekanntlich in immer stärkerem Maße die Zahl der unabhängigen Staaten Afrikas gewachsen. 1945 gab es nur einen unabhängigen afrikanischen Staat, die Republik Liberia; das Kaiserreich Äthiopien war noch von fremden Truppen besetzt, und das Königreich Libyen wurde erst 1951 unabhängig. Die ägyptische Revolution 1953 machte zum erstenmal auf dem afrikanischen Kontinent mit der Herrschaft einer korrupten Monarchie und der halbkolonialen Unterdrückung durch die Briten ein Ende. 1956 errangen Tunesien, Marokko und der Sudan ihre Unabhängigkeit, 1957 Ghana und 1958 Guinea. Heute, im September 1960, gibt es in Afrika 24 unabhängige Staaten, und ständig kommen neue hinzu.

Der Aufbruch der Völker Afrikas fand auch seinen Ausdruck in den beiden Allafrikanischen Konferenzen von Accra im Dezember 1958 und Tunis im Januar 1960 und in den Konferenzen unabhängiger Staaten Afrikas in Accra, Monrovia und Addis Abeba. Diese Aktivität der afrikanischen Völker schreckte die Imperialisten, die ihre billigen Rohstoffbasen und Absatzmärkte immer mehr zusammenschrumpfen sehen. Mit den verschiedensten Mitteln versuchen sie, die Befreiungsbewegung zu unterdrücken, wobei Terror und Gewalt in den noch kolonial versklavten Ländern eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Sie wenden jedoch auch die raffinerteren Methoden der Täuschung, der Verleumdung und des politischen

Betruges an, um die Reihen der Freiheitskämpfer zu schwächen und Mißtrauen in die Solidaritätsbewegung der jungen Staaten zu tragen. Die Kolonialherren haben ihre Methoden nicht geändert. Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen sie heute wie früher, ihren Wahlspruch zu verwirklichen: „Teile und herrsche!“ Und wo ihnen die Herrschaft verlorenging, versuchen die Imperialisten mit dem Neokolonialismus, mit Paktsystemen und dem Eindringen in die Wirtschaft der unabhängigen Länder ihre Positionen in anderer Weise wieder zu erringen.

Von dem Kampf gegen diese Machenschaften der Imperialisten war auch die Situation gekennzeichnet, in der die II. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz stattfand. In Algerien tobt noch immer der schmutzige Krieg, in der Südafrikanischen Union wütet der Rassenterror, der Kongo kämpft um seine Unabhängigkeit. Andererseits hatte sich die Situation in der Welt verändert durch die Vorbereitungen aller friedliebenden Völker, insbesondere der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten, auf die geplante Gipfelkonferenz in Paris, von der alle Friedenskräfte eine weitere Entspannung in der Welt erwarteten. Diese Fakten — der Kolonialterror und der Kampf gegen den Kolonialismus, für die restlose Befreiung des afrikanischen Kontinents, für seinen schnellen Aufbau, die aktive Zusammenarbeit der jungen Staaten und der allgemeine Wunsch nach weiterer Entspannung — beherrschten deshalb auch die Atmosphäre der II. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz.

Getreu den Prinzipien von Bandung

Deutlicher als je eine Tagung zuvor dokumentierte die II. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz im April 1960 in Conakry den unaufhaltsamen Zerfallsprozeß des alten Kolonialsystems, das mehr als die Hälfte der Menschheit in Abhängigkeit, Unwissenheit und Elend gehalten hatte, das mit seinen brutalen Ausbeutungsmethoden einer geringen Oberschicht in den imperialistischen Ländern ein Wohlleben ohne gleichen auf Kosten der wie Sklaven gehaltenen Völker Afrikas und Asiens gesichert hatte. Die Zeit jeglichen Kolonialismus geht unweigerlich ihrem Ende entgegen. Conakry erhärtete diese Tatsache in sinnfälligster Weise. Aus den ehemals Unterdrückten und Ausgebeuteten sind glühende Verfechter der Idee einer neuen Welt der sozialen Gerechtigkeit, der Unabhängigkeit und brüderlichen Zusammenarbeit geworden. Sie wollen die Prinzipien von Bandung als Maxime im Zusammenleben der Völker verwirklicht sehen: Achtung der Menschenrechte und der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, Achtung der Souveränität und territorialen Unantastbarkeit, Gleichberechtigung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, keine Gewaltanwendung gegenüber anderen Ländern, Unterlassung jeglicher Aggressionshandlungen gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Landes, friedliche Regelung aller internationalen Fragen, Förderung gemeinsamer Interessen und der Zusammenarbeit, Respekt vor internationalen Verpflichtungen.

Die Familie der jungen anti-imperialistischen Staaten Asiens und Afrikas ist seit der I. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz 1957 in Kairo schnell gewachsen. Von Asien, wo die Unabhängigkeitsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg ihren Ausgang nahm, hat sie in den letzten Jahren hinübergereift nach Afrika. Immer weitere Gebiete erkämpfen sich ihre Selbstbestimmung: 45% der Fläche und 70% der Bevölkerung Afrikas werden zu Beginn des Jahres 1961 die unabhängigen Staaten dieses Kontinents umfassen. Gegenwärtig besitzen folgende afrikanische Staaten ihre Selbständigkeit: Ägyptische Region der VAR, Äthiopien, Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Ghana, Guinea, Kamerun, Kongo (früher belgische Kolonie), Kongo (früher französische Kolonie), Liberia, Libyen, Mali-Föderation, Madagaskar, Marokko, Niger, Somalia, Sudan, Togo, Tschad, Tunesien, Volta, Zentralafrikanische Republik. Noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1960 folgen ihnen Nigeria, Sierra Leone und Mauretanien. In vielen Fällen ist die Unabhängigkeit allerdings erst formeller Art und es wird noch mancher Kämpfe bedürfen, bis alle diese Länder ihre volle und reale Unabhängigkeit errungen haben.

Für die erfolgreiche Führung dieses Kampfes ist der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung eine große Bedeutung bei-

zumessen. Das moralische Gewicht der afro-asiatischen Staaten erweist sich immer wieder als eine wachsende Kraft, die die Unabhängigkeitsbewegung in den verschiedenen Ländern stärkt, wie sie andererseits vor aller Welt die Machenschaften der Kolonialisten entlarvt. An besonderen Solidaritätstagen, zum Beispiel für Kamerun, Südarabien, Korea, Uganda, Oman, Vietnam, Algerien, Kenia, Äquatorialafrika, Kongo oder Südafrika, dokumentieren die afro-asiatischen Länder die Gemeinsamkeit ihres Kampfes gegen den einen Feind — den imperialistischen Kolonialismus.

Diese Solidaritätstage waren zugleich die beste Vorbereitung der II. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz, die mit Delegationen aus über 60 Ländern in ihrer Breitenwirkung sowohl Bandung wie auch Kairo weit überbot. Mochten diese Delegierten nun offizielle oder inoffizielle Vertreter ihrer Staaten sein — auf jeden Fall waren sie die Vertreter der berechtigten Interessen ihres Volkes: Beauftragte ihrer Regierung, Funktionäre demokratischer Parteien und Organisationen — wie Gewerkschaften usw. — oder Freiheitskämpfer, die illegal ihren Kampf gegen die Kolonialherren führen müssen.

Die Wahl Conakrys als Konferenzort verdient besondere Beachtung, weil diese Stadt als Hauptstadt des befreiten Guinea allen Delegierten veranschaulichte, welche Erfolge ein junger unabhängiger Staat erringen kann, der konsequent seinen Kampf gegen den Kolonialismus führt und sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt. Guineas Entwicklung in den ersten 20 Monaten seiner Unabhängigkeit zeugt von dem Volk wie Regierung bewegenden Willen, das Erbe des Kolonialismus schnell zu überwinden. Heute z. B. besuchen in Guinea 84 000 Kinder eine Grundschule (1958 waren es 37 400) und 4 020 eine Mittelschule (1958: 839). Eine neuerrichtete medizinische Schule bildet Krankenschwestern und Pfleger aus, und auf dem Lande werden viele junge Frauen als Hilfshebammen angelernt. In der Landwirtschaft und im Handwerk macht der Zusammenschluß zu Genossenschaften — erleichtert durch Stammesbindungen und das vorherrschende gesellschaftliche Eigentum an Boden — rasche Fortschritte. Eine nationale Industrie ist im Entstehen begriffen, bei deren Aufbau die sozialistischen Staaten wertvolle Hilfe leisten. Alle diese Erfolge hinterließen einen tiefen Eindruck bei den Gästen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, auf ihrer Konferenz auch die weitere Entwicklung der Staaten Afrikas und Asiens zu behandeln.

Die Tagesordnung der II. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz sah deshalb nicht nur den Kampf um die völlige Liquidierung des Imperialismus und Kolonialismus in Afrika und Asien vor, obwohl diesem Tagesordnungspunkt naturgemäß eine vorrangige Bedeutung zukam, weil er neben den Fragen der Unabhängigkeit und der afrikanischen und afro-asiatischen

Einheit auch das erneute Bekenntnis zur friedlichen Koexistenz und die Forderung nach totaler Abrüstung einschloß. Von aktueller Wichtigkeit für alle beteiligten Länder waren auch die anderen Tagesordnungspunkte. Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika und Asien standen dabei im Vordergrund, weil sich immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß die politische Unabhängigkeit in Gefahr ist, solange die ökonomische Unabhängigkeit nicht gesichert ist. Eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung der beiden Kontinente würde zugleich auch eine Hebung des unerträglich niedrigen Lebensstandards erlauben. Ein weiteres Thema war die kulturelle und soziale Entwicklung in Asien und Afrika; dabei beschäftigte man sich vornehmlich mit der Lage der Werktätigen, der Frauen und der Jugend sowie mit der Beseitigung aller die Entwicklung einer nationalen Kultur hemmenden imperialistischen Einflüsse und Auswüchse der westlichen Unkultur. Schließlich standen die Fragen der politischen und organisatorischen Entwicklung der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung auf der Tagesordnung, von deren Festigkeit der Erfolg des gemeinsamen Kampfes abhängt. Diese Vielfalt der Tagesordnung entsprach der Mannigfaltigkeit der Probleme, vor denen die afro-asiatischen Staaten stehen. Sie völlig zu lösen konnte nicht die Aufgabe der II. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz sein. Aber Conakry wies die Wege zu ihrer Lösung und gleicht deshalb einem Leuchtturm auf dem Wege Asiens und Afrikas in eine menschenwürdigere Welt.

Gegen Imperialismus und Kolonialismus

Am Vorabend der II. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz verkündete das Ständige Sekretariat der Solidaritätskonferenz noch einmal die Hauptlosung der Konferenz, indem es an die Völker Afrikas und Asiens den Appell richtete, „ihre Kräfte für den Frieden und die allgemeine und vollständige Abrüstung, für den letzten Sturm auf das Kolonialsystem in Asien und Afrika zu vereinen und mit jeder Form der Rassendiskriminierung Schluß zu machen“. „Gegen Imperialismus und Kolonialismus — für Unabhängigkeit, Gleichheit und Frieden“ trugen die Informationsbulletins als Losung. Die große Halle des Hauses der Demokratischen Partei Guineas, in der die Konferenz tagte, war geschmückt mit Transparenten. „Entwickelt die afro-asiatische Solidarität!“, „Für die endgültige Beseitigung des Kolonialismus und Imperialismus“, „Es lebe die afrikanisch-asiatische Zusammenarbeit für die Entspannung in der Welt!“, „Der Algerienkrieg ist das Grab des französischen Imperialismus“, so grüßten Aufrufe in französischer, englischer und arabischer Sprache die nahezu 300 Teilnehmer.

Neben den Delegationen der afro-asiatischen Länder weilte auch eine Anzahl Beobachter-Delegationen in Conakry, unter ihnen eine Delegation der Nationalen Front des demokrati-

schen Deutschland, der jederzeit eine höfliche und interessierte Aufmerksamkeit zuteil wurde. Das bewies auch die erste Pressekonferenz, die DDR-Vertreter in Conakry abhielten. Auf ihr bekundete der Leiter unserer Delegation, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Volkskammer, Peter Florin, vor den auf der Konferenz anwesenden Journalisten die feste Verbundenheit unserer Republik mit den Staaten Asiens und Afrikas. Das lebhaftes Frage- und Antwortspiel zwischen Journalisten und unseren Delegationsmitgliedern bewies u. a. das Interesse der Vertreter Asiens und Afrikas an den Lebensfragen unseres Volkes und an der Haltung unseres Staates zu den Problemen, vor denen die Völker der beiden Kontinente stehen. Den lebhaften Beifall der Gäste fand auch eine Ausstellung mit Werken von DDR-Künstlern gegen Atomkrieg und Kolonialismus.

Der ganze Verlauf der Konferenz war gekennzeichnet von einer Atmosphäre der Herzlichkeit, wie sie immer unter Menschen zu beobachten ist, die sich um eines gemeinsamen Zieles willen zusammengefunden haben. Hier spielte die Hautfarbe keine Rolle. Gleichberechtigt saßen sie nebeneinander, Menschen vom hellsten Weiß bis zum tiefsten Schwarz, vereint unter dem Symbol der afro-asiatischen Solidarität, dem brüderlichen Händedruck, der die halbe Welt von Japan bis nach Senegal umspannt — das Zeichen einer erprobten Kampf-gemeinschaft.

Auf der Tagesordnung der Konferenz standen vier Punkte:

1. Die vollständige Beseitigung des Imperialismus und des Kolonialismus in Afrika und Asien unter den Gesichtspunkten: Unabhängigkeit, Einheit Afrikas, afro-asiatische Einheit, Koexistenz und Abrüstung,
2. Probleme der ökonomischen Entwicklung in Afrika und Asien,
3. Probleme der kulturellen und sozialen Entwicklung in Afrika und Asien,
4. die Entwicklung der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung.

Zur Bewältigung ihrer Aufgaben hatte die Konferenz Arbeitskommissionen gebildet, die sich an den Vormittagen mit den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und organisatorischen Fragen beschäftigten und die Materialien der Konferenz erarbeiteten. Die Nachmittage blieben der Vollversammlung der Konferenz vorbehalten und wurden zu eifriger und offensiver Diskussion genutzt. Ein praktischer Beitrag zu dem Diskussionsthema „Entwicklung der Kultur“ waren die beiden Abendveranstaltungen mit chinesischen Künstlern und den „Ballets Africains de Guinée“, die zeigten, welche künstlerische Reife erreicht werden kann, wenn sich die Kulturschaffenden eines Landes auf das nationale Erbe orientieren und es schöpferisch weiterentwickeln.

Zu Beginn der Konferenz konnte Tagungspräsident Ismail Touré eine Reihe von Grußadressen verlesen. Mit stürmischen Beifall wurden die des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow sowie die Grußschreiben des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen, kommt doch gerade in diesen Schreiben die Verbundenheit mit den afro-asiatischen Völkern sinnfällig zum Ausdruck. In der Grußadresse der Regierung unserer Republik heißt es z. B.: „Die Außenpolitik der Regierung der DDR basiert auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Sie verurteilt die imperialistische Unterdrückung und koloniale Ausbeutung und kämpft gegen sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Regierung der DDR ist in ihrem Fühlen und mit ihren Taten auf Seiten der Völker Afrikas und ihres Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus. Auch der westdeutsche Imperialismus, der beabsichtigt, sich neue politische und ökonomische Positionen in Afrika und Asien zu errichten, maskiert nur seine neokolonialistische Politik. Regierung und Bevölkerung der DDR sind sicher, daß die Konferenz von Conakry in der Atmosphäre der Konferenzen von Bandung und Kairo verlaufen wird und daß diese Konferenz die friedliebenden Völker in ihrem Kampf gegen koloniale Ausbeutung in der ganzen Welt ermutigen wird. Diese Konferenz wird ihre Kräfte vervielfältigen im Kampf um die Erhaltung des Friedens bis zum völligen Sieg über den Kolonialismus. Mögen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik und Ihren Völkern sich auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz weiter entwickeln und festigen!“

In welchem Maße dieses Grußschreiben unserer Regierung mit den Interessen der afro-asiatischen Völker übereinstimmt, machte bereits die Begrüßungsansprache des mit Ovationen empfangenen Staatspräsidenten der Republik Guinea, Sékou Touré, deutlich. Der Staatschef des gastgebenden Landes fand besonders mit der Darlegung der Aufgaben Zustimmung, vor die die Konferenz gestellt war. Eindeutig betonte er: Die Völker Asiens und Afrikas erwarten von der II. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz eine wirksame Unterstützung ihres Kampfes, indem sie die Machenschaften der Imperialisten auf allen Gebieten enthüllt und ihr gewichtiges Wort in die Waagschale des Frieden wirft.

„Wir repräsentieren hier eine ganze Welt“, klagte Sékou Touré den Kolonialismus an, „eine Welt des Hungers, der Armut und Unwissenheit, eine Welt, der aus Begierde und Selbstsucht jede Form von Menschenrecht, jede Möglichkeit, unter den anderen Nationen als gleichberechtigt aufzutreten, jedes Recht, die eigenen Angelegenheiten zu regeln, verweigert

wurde. Brutaler Macht war es möglich, Völker zu unterwerfen und Nationen zu dezimieren, mit Krieg und Marter, Unterdrückung und Lüge, Täuschung und Spaltung zwei Drittel der Menschen der Welt niederzuhalten, auszubeuten, zu berauben, zu beleidigen. Aber wir sollten uns erinnern, daß die historische Bandung-Konferenz eine entscheidende Veränderung des verschobenen Gleichgewichts brachte, das die imperialistischen Kräfte der Welt auferlegt hatten.“

Die Völker Asiens und Afrikas werfen ihr Joch ab. Die Imperialisten jedoch versuchen auf neuen Wegen, ihre alten Machtpositionen zu halten. Deshalb sei es notwendig, die Methoden des Neokolonialismus zu entlarven, der dazu diene, die Ansprüche der Imperialisten zu sichern. Unumgänglich notwendig dazu sei die Entwicklung einer eigenen nationalen Wirtschaft, und nur der afrikanische Staat verfüge über eine wirkliche Unabhängigkeit, der am Wiederaufbau Afrikas teilnimmt; jede andere Unabhängigkeit sei in ihren Grundlagen gefälscht.

Als eine weitere Aufgabe der Konferenz nannte Sékou Touré die Enthüllung der Politik der aggressiven Militärpakete, der Markt- und Währungsblocks, die das Recht der afrikanischen Völker auf freie Entscheidung beschneiden sollen. Der politische Standpunkt der Völker Asiens und Afrikas, die Politik von Bandung mit ihrer Zielrichtung auf die Erhaltung des Friedens, eine humanitäre Entwicklung und sozialen Fortschritt, müsse immer wieder betont werden. Wenn sich auch die afro-asiatischen Länder an den Auseinandersetzungen der voll entwickelten Länder nicht beteiligen, so behielten sie sich doch das Recht vor, das Verhalten jedes einzelnen dieser Länder danach zu beurteilen, wie es zu den Fragen steht, die die afro-asiatischen Völker bewegen. Es sei notwendig, von anderen Ländern Hilfe anzunehmen, aber es müsse eine brüderliche Hilfe sein. „Wir sollten keine loyale Unterstützung, keine Zusammenarbeit ablehnen“, erklärte Touré in diesem Zusammenhang, „die unsere Souveränitätsrechte respektiert. Wenn dem Imperialismus seine ökonomischen, finanziellen und militärischen Interessengebiete genommen werden, muß er notwendigerweise seine wahnwitzigen Pläne der Herrschaft und Ausbeutung aufgeben.“ Der Kampf gegen den Imperialismus aber sei ein entscheidender Aspekt des weltweiten Kampfes um den Frieden. Unlösbar sei der Zusammenhang zwischen den Problemen Afrikas und Asiens, der Beseitigung des Imperialismus und der Erhaltung des Friedens in der Welt. Es komme gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die große politische Linie klar sei, besonders darauf an, die aktuellen Formen der Organisation und die besten Methoden des Kampfes zu studieren, weil nur dadurch eine größere Aktivität, Beständigkeit und Bewußtheit erreicht werden könne.

„Das Menschenrecht ist auf unserer Seite“

Tiefen Eindruck bei den Delegierten, Gästen und Journalisten hinterließ der politische Bericht des Generalsekretärs des Ständigen Sekretariats für afro-asiatische Solidarität, Youssef el Sebai, der in schonungsloser Offenheit die Situation darlegte, die gegenwärtige Lage einschätzte und daraus die bevorstehenden Aufgaben ableitete. Von den Ergebnissen der I. Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz in Kairo ausgehend, legte er den Weg dar, den die Völker der beiden Kontinente seitdem gegangen sind. Er führte aus:

Kairo war ein machtvoller Ausdruck des Wunsches nach Freiheit unter den afro-asiatischen Völkern und für ihren Entschluß, unverbrüchliche Bande der Solidarität zu knüpfen, um die Freiheit derjenigen zu erhalten, die sie schon besitzen, und sie für diejenigen zu erringen, denen die fundamentalen Menschenrechte noch versagt werden. Einst waren diese Völker die Repräsentanten einer alten Kultur, die die ganze Welt befruchtete. Und der Widerschein dieser Vergangenheit leuchtete in den Herzen der Menschen, als die widerlichen Kräfte des Imperialismus die einfachen, gastlichen Völker Asiens und Afrikas unterjochten, ausplünderten, mordeten. Diese Völker werden das nicht vergessen, und die kommenden Generationen werden von dieser Vergangenheit erfahren, damit sie sich niemals wiederholen kann. Die Imperialisten versuchen, die Freiheitsbewegung mit Gewalt zu unterdrücken. Die afro-asiatischen Völker haben nicht die Absicht, Gewalt anzuwenden. Wenn aber die Imperialisten die Völker gewaltsam ihrer Rechte berauben wollen, wird ihnen die entsprechende Antwort zuteil werden.

Niemals hat der Kampf der Völker gegen fremde Versklavung aufgehört, und nach dem zweiten Weltkrieg war er so gewaltig, daß ein Land nach dem anderen — zunächst in Asien und mit der ägyptischen Revolution auch in Afrika beginnend — aus dem Kolonialsystem ausgebrochen ist. Diese Nationen streben ein neues Ethos des Zusammenlebens der Völker an, das seinen Ausdruck in den Prinzipien von Bandung fand. Seitdem ist die Weltgeschichte ein gewaltiges Stück vorwärts geschritten. Heute wird die Situation beherrscht von der Woge der Freiheit, die über den großen afrikanischen Kontinent rollt — von Kairo bis Kapstadt, von Dakar bis Mogadiscio. Millionen haben sich gegen die Imperialisten und Kolonialisten erhoben, das Schauspiel von der „Zivilisierung“ Afrikas geht zu Ende.

Als sich der Erfolg der Kairoer Konferenz und der Allafrikanischen Völkerkonferenz von Accra immer deutlicher abzeichnete, wurden die Imperialisten von panischem Schrecken erfüllt. Sie griffen zu den schamlosesten und brutalsten Mitteln, um die Bewegung kaltblütig niederzuwerfen. Überall

wurde auf Unbewaffnete geschossen: in Kongo, Rhodesien, Njassaland, in Südafrika, Ruanda-Urundi, Uganda und Kenia. Tausende und aber Tausende afrikanischer Patrioten wurden rechtswidrig in die Kerker geworfen. Und trotzdem wurde der Ruf „Imperialisten! Verlaßt Afrika!“ immer lauter und drang in alle Welt. Neben der brutalen Unterdrückung wandten die Imperialisten neue, raffiniertere Methoden an. Die französischen Imperialisten griffen zu dem Betrug eines sogenannten „Referendums“ und konzipierten die „Französische Gemeinschaft“. Die belgischen Imperialisten versuchten ihre Position mit der Phrase von der „Selbstverwaltung“ zu halten. Die Briten schließlich kündigten Pläne einer sogenannten „Zentralafrikanischen Föderation“ für Tanganjika, Uganda, Kenia an. Das Ziel der Imperialisten war es, die Reihen der Freiheitskämpfer zu schwächen, sie zu teilen, das Volk zu verwirren und die Reichtümer der Länder in ihrer Hand zu behalten. Das Blut der Patrioten war jedoch nicht umsonst geflossen. Die imperialistischen Machenschaften und Komplotts wurden zunichte.

Mit scharfen Worten geißelte Sebai den Krieg der französischen Imperialisten gegen das algerische Volk. In dem gegenwärtigen glorreichen Abschnitt der Geschichte Afrikas habe der heroische Kampf des tapferen Algerien einen besonderen Platz. Die Weltgeschichte sei reich an Freiheitskämpfen. Aber der algerische Freiheitskampf habe nur wenige Parallelen. Ebenso wenige Parallelen habe aber auch die Perfidie und Grausamkeit der französischen Imperialisten in Algerien. „Die herrschenden Kreise Frankreichs gleichen den französischen Bourbonen unseligen Angedenkens“, erklärte er, „die niemals etwas lernten und niemals etwas vergaßen. Sie haben weder aus Dien Bien Phu noch aus ihrer mißlungenen Aggression gegen Ägypten die Lehren gezogen. Das Prestige Frankreichs hat heute seinen Tiefstand erreicht“. Hinter den algerischen Freiheitskämpfern aber stehen solidarisch die afro-asiatischen Staaten und die ganze friedliebende Menschheit. Keine Macht der Erde ist in der Lage, Afrika noch länger unterjocht zu halten. Afrika wächst von Tag zu Tag und wird bald ein gewichtiges Wort in der Welt mitzureden haben.

Das charakteristische Merkmal unserer Zeit, die nationale Erhebung der Völker Asiens und Afrikas, bedeutet das Erwachen der Mehrheit der Weltbevölkerung. Haben diese Völker jedoch ihre nationale Unabhängigkeit gewonnen, so bleibt ihnen noch die schwierige Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ihres Landes. Die politische Unabhängigkeit ist bekanntlich nur eine Etappe des Kampfes, nicht sein Ende. Das Ziel ist der wirtschaftliche Aufschwung und die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Jahrhunderte imperialistischer Ausbeutung haben die unermeßlich reichen Länder Asiens und Afrikas verarmen lassen. Indem sie die Kolonien

nur als Rohstofflieferanten und billige Absatzmärkte betrachteten, haben die Imperialisten das Handwerk und die Manufaktur vernichtet, ohne eine moderne Industrie zu entwickeln. Eisenbahnlinien wurden nur aus strategischen Gründen geschaffen und zu dem Zweck, die Rohstoffe abzutransportieren. Gesundheitswesen und Volksbildung wurden völlig vernachlässigt. So finden die befreiten Völker Asiens und Afrikas ein verarmtes und verwüstetes Heimatland, in dem sie völlig neu beginnen müssen. Jahrhunderte der Rückständigkeit und Mißwirtschaft müssen sie in wenigen Jahren aufholen. Selbst die Landwirtschaft ist rückständig und unrentabel. Überdies gilt es noch feudale Überreste und eine zurückgebliebene Technik zu überwinden. Das alles ist jedoch nicht zu realisieren ohne die gleichzeitige Entwicklung einer modernen Industrie. Und dazu brauchen die Länder Asiens und Afrikas Kapital und technische Hilfe. Denn es ist notwendig, daß die afro-asiatischen Staaten nicht nur als eine politische Macht in die Weltarena treten, sondern auch als eine ökonomische.

Ganz gegenteiliger Ansicht sind die Imperialisten. Ihr Einfluß sinkt ständig. Sie haben bereits ihre vorherrschende Stellung verloren. Das ökonomische und politische System des Imperialismus verliert immer mehr an Stabilität. Aber trotz seines historischen Verfalls ist der Imperialismus noch eine Weltgefahr. Entgegen allen Protesten der Völker haben z. B. die französischen Imperialisten ihre Atombombenversuche in der Sahara unternommen. Ein anderes Beispiel ist die Revision des Sicherheitsvertrages der USA und Japans, die geeignet ist, einen Krieg im Fernen Osten zu entfesseln. Militärpakte wie die SEATO, CENTO, NATO bilden gleichermaßen eine Gefahr wie die beabsichtigte Anlegung neuer englischer Militärstützpunkte in Kenia, nicht zu reden von den US-Militärbasen, die die Unabhängigkeit und die freie Entwicklung der Völker dieser Länder untergraben. Massenvernichtungsmittel sind in solchen Mengen vorhanden, daß sie zur größten Gefahr für die Menschheit wurden. In einer Atmosphäre der Kriegshysterie kann schon ein simpler Irrtum einen menschenvernichtenden Krieg auslösen. Aber die Menschen der ganzen Welt wollen nicht länger in dieser waffenstarrenden Atmosphäre leben. Deshalb haben die afro-asiatischen Völker dem Vorschlag N. S. Chruschtschows für eine vollständige und umfassende Abrüstung mit ganzem Herzen zugestimmt, und deshalb appellierten die Repräsentanten dieser Völker an die Regierungen aller Länder, ihren Beitrag zur Lösung dieses wichtigen Problems zu leisten. Die Völker der beiden großen Kontinente kämpfen mit ihrer ganzen Kraft für den Frieden und eine friedliche Koexistenz.

Mit der Erhaltung des Friedens, dem Hauptproblem unserer Zeit, sind die Fragen der Unabhängigkeit, Gleichheit und der Beseitigung des Kolonialismus eng verbunden. Je mehr die Kolonialisten an Macht verlieren, desto stärker wird das Frie-

denlager. Aber nur naive Menschen können glauben, daß die Kolonialisten freiwillig ihre Positionen aufgeben. Im Gegenteil, sie erfinden immer neue Wege, ihre Macht wieder aufzurichten. Hierzu gehört auch die äußerst gefährliche Bedrohung der afro-asiatischen Völker durch die neue Form des kollektiven Kolonialismus, wie sie sich z. B. in den aggressiven militärisch-politischen Blocks, wie die SEATO äußern.

Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der die afro-asiatischen Völker die Kolonialpolitik und die aggressiven Militärblocks ablehnen, verurteilen sie auch die Atom- und Wasserstoffwaffen. Vor allem wenden sie sich gegen Atombombenversuche auf ihren Territorien und fordern eine atomwaffenfreie Zone in Afrika, in Asien und im Pazifik. Sie sind sich dessen bewußt, daß sie, die mehr als die Hälfte der Menschheit ausmachen, in diesem Kampf um eine friedvolle Welt einen beachtlichen Beitrag leisten können. Deshalb fordern sie auch, daß ihre Vertreter zu Abrüstungsverhandlungen hinzugezogen werden, weil dieses Problem nicht gelöst werden kann, wenn solche Staaten wie z. B. die Volksrepublik China mit ihren 650 Millionen Einwohnern von den Beratungen ausgeschlossen werden. Die Forderung der Völker Asiens und Afrikas, künftig entsprechend ihrer ständig wachsenden Bedeutung auch an der Lösung der Weltprobleme mitzuwirken, ist völlig gerechtfertigt.

Die Entwicklung in den letzten Jahren hat gezeigt, daß die afro-asiatischen Völker ein ernst zu nehmender Faktor in der Weltpolitik geworden sind. Ernst zu nehmen vor allem deshalb, weil sie eine realistische Politik vertreten. Sie werden aber auch in naher Zukunft ein ernst zu nehmender Partner auf dem Weltmarkt sein. Denn mehr und mehr wenden sie ihr Augenmerk der ökonomischen Entwicklung ihrer Länder zu. Gedanken zur Lösung dieses Problems wurden schon in Bandung und Kairo geäußert. Sie bezogen sich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit, technische Hilfeleistungen und die Entwicklung des Handels, wobei sie das Schwergewicht auf die Beseitigung der Ungleichheit zwischen den entwickelten und den unentwickelten Ländern legten. Gleichzeitig sprachen sich die afro-asiatischen Völker für wirtschaftliche Beziehungen zu Ländern außerhalb ihrer beiden Kontinente aus und erkannten die Notwendigkeit an, ausländische Kapitalinvestitionen ohne diskriminierende Bedingungen aufzunehmen.

Auch auf kulturellem Gebiet machte die Zusammenarbeit gute Fortschritte. Wesentlich dazu beigetragen hat die Konferenz afrikanischer und asiatischer Schriftsteller in Taschkent, an der Vertreter aus 40 Ländern teilnahmen. Diese Konferenz beschäftigte sich vor allem mit der Entwicklung der Literatur in den verschiedenen Ländern und mit der Rolle der Literatur im Kampf gegen den Kolonialismus, für mensch-

lichen Fortschritt und nationale Unabhängigkeit. Die kulturelle Zusammenarbeit der afro-asiatischen Nationen äußerte sich auch im Austausch von Delegationen, Künstlergruppen und Filmen sowie in den beiden erfolgreich verlaufenen afro-asiatischen Filmfestspielen.

Die Entwicklung auf sozialem Gebiet zu fördern hat sich die afro-asiatische Frauenkonferenz zum Ziele gesetzt. Sie wird sich mit der Ungleichheit in der Erziehung von Jungen und Mädchen, mit der Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft, mit der Gleichberechtigung der Frau und ihrer Rolle im nationalen Befreiungskampf und im Friedenskampf beschäftigen.

Diese Erfolge der afro-asiatischen Solidarität wurden errungen trotz aller verleumderischen Propaganda durch die Agenten des Imperialismus, die keinen Versuch unterließen, Zwietracht in die Reihen der Völker zu tragen. Die Gründe für dieses vergebliche Bemühen liegen auf der Hand. Die Imperialisten haben Angst vor den aufstrebenden afro-asiatischen Nationen. Die afro-asiatische Solidarität erscheint ihnen wie ein Todesurteil. Und diese Solidarität macht alle ihre Aktionen zunichte.

Unmittelbar nachdem das Ständige Sekretariat der Solidaritätsbewegung seine Arbeit aufgenommen hatte, unternahmen die USA und Großbritannien ihren Aggressionsversuch gegen den Irak, der durch die afro-asiatische Solidarität und die Friedenspolitik der Sowjetunion mißlang. Kurze Zeit später drohten die USA mit einem Atomkrieg gegen die Volksrepublik China. Aber die afro-asiatischen Völker standen auf der Seite ihrer chinesischen Brüder und Schwestern, und mit weltweiten Protesten wiesen sie die Aggressoren in ihre Schranken.

Volle Unterstützung gab und gibt die Solidaritätsbewegung dem kämpfenden Algerien. Sie verurteilte nicht nur das betrügerische sogenannte „Referendum“ vom September 1958 und sammelte Spenden für die algerischen Freiheitskämpfer, sondern sie organisierte auch Solidaritätskundgebungen, forderte zur Anerkennung der provisorischen Regierung des freien Algerien auf und veranlaßte die afro-asiatischen Vertreter in den Vereinten Nationen, ihre Stimme für die Freiheit Algeriens und die Verurteilung Frankreichs zu erheben. Die Solidaritätsbewegung entlarvte auch die „Französische Gemeinschaft“ und das „Referendum“ als Betrugsmanöver. Referenden, Plebiszite und sogenannte „Wahlen“ sind wohlbekannte Praktiken der Imperialisten, und im Zusammenhang mit dem in den französischen Gebieten herrschenden Terror gesehen, verlieren sie jeden Rest von Glaubwürdigkeit. Tatsächlich ist die „Französisch-Afrikanische Gemeinschaft“ nichts anderes als ein Versuch, die koloniale Herrschaft in

Afrika aufrechtzuhalten. Welche Absichten de Gaulle mit der „Französischen Gemeinschaft“ noch verbindet, zeigte ein Vorfall in Djibouti, das er bei seiner Reise nach Madagaskar 1959 aufsuchte. Angesichts einer Demonstration der Bevölkerung für die Unabhängigkeit und Einheit Somalilands mit anti-imperialistischen Losungen äußerte er: „Djibouti, an der Scheide des Roten Meeres und des Indischen Ozeans gelegen, ist von äußerster Wichtigkeit. Jedem ist bekannt, was sich ereignete, würde ein Konflikt zwischen der freien Welt und dem anderen Lager ausbrechen. Das ist der Grund, weshalb Frankreich beabsichtigt, in Somaliland zu bleiben.“ Hier zeigt sich das wahre Gesicht des französischen Imperialismus, der die Deklaration der Menschenrechte und die Grundsätze der Vereinten Nationen gröblich mißachtet.

Der Freiheitskampf Afrikas findet in der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung überhaupt große Unterstützung. Anlässlich des „Quit-Africa“-Tages 1958, des Kampftages für Afrikas Befreiung, fanden in vielen Städten der beiden Kontinente mächtige Kundgebungen statt. Alle Hilfe und Unterstützung erhalten die afrikanischen Freiheitskämpfer, die von der Regierung ihrer Länder verfolgt werden oder ins Exil gehen müssen. Als die Briten 1958 gegen den Nationalkongreß Ugandas vorgingen, verurteilte die Solidaritätsbewegung nicht nur diese Repressalien, sondern forderte die Vereinten Nationen auf, sich mit der Lage in Uganda zu befassen. Durch die blutigen Massaker der Belgier in Leopoldville veranlaßt, forderten die afro-asiatischen Völker die Unabhängigkeit für den Kongo und eine internationale Kommission zur Untersuchung der Vorfälle. Zur gleichen Zeit, da MacMillan anlässlich seines Besuches in Moskau erklärte, der Imperialismus gehöre der Vergangenheit an, fielen in Njassaland und Rhodesien Schüsse britischer Soldaten gegen Demonstranten. Und die Gewalt wurde durch betrügerische „Wahlen“ ergänzt, die den 240 000 Weißen die Herrschaft über 7 Millionen Afrikaner sichert.

In gleicher Weise wandte sich die Solidaritätsbewegung gegen die Machenschaften in Tanganjika, wo die Herrschaft der Kolonialisten durch die Einwanderung weiterer Europäer gesichert werden soll, und in Kenia, dem man auf einer Konferenz, an der die Führer des Volkes wie Jomo Kenyatta nicht teilnehmen können, weil sie gefangengehalten werden, einen neuen Status geben will. Den schärfsten Protest riefen die tragischen Ereignisse in Ruanda-Urundi hervor, wo zur gleichen Zeit, da sich die UN-Vollversammlung mit der Zukunft dieses Landes beschäftigte, 400 Menschen das Opfer des blutigen Terrors wurden. Den Abscheu der afro-asiatischen Völker rufen immer wieder die Exzesse der Rassenhetzer Südafrikas hervor, deren Verbrechen anzuprangern die Gegner des Kolonialismus verpflichtet sind. Die volle Sympathie der Solidaritätsbewegung gehört aber auch den arabischen Natio-

nen, vor allem den unter den Aggressionshandlungen der Imperialisten leidenden Völkern in Südarabien und Oman.

Auch der Kampf des koreanischen und des vietnamesischen Volkes um die Wiedervereinigung ihrer Länder und den Abzug der fremden Truppen aus Südkorea und Südvietnam findet die Unterstützung der Brudervölker, denen es am Herzen liegt, daß diese Gefahrenherde im Fernen Osten im Interesse des Friedens beseitigt werden.

In ihrem Kampf gegen die aggressiven Militärblocks SEATO, CENTO und NATO, für die Erhaltung des Friedens, für Abrüstung und die Einstellung der Kernwaffenversuche fühlt sich die afro-asiatische Solidaritätsbewegung mit dem Weltfriedensrat verbunden und zu enger Zusammenarbeit verpflichtet. Nicht nur, daß offizielle Vertreter der afro-asiatischen Länder an den Tagungen und Kongressen des Weltfriedensrates aktiv teilnehmen, sie legen auch die Appelle und Resolutionen der Friedensbewegung ihrer eigenen Arbeit zugrunde, weil Friedenskampf und der Kampf um nationale Unabhängigkeit letztlich ein gemeinsames großes Ziel haben: Frieden und freundschaftliche Zusammenarbeit, Wohlstand aller Nationen und eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit.

Der Kampf geht weiter

Von dieser realen Einschätzung der Lage ausgehend, legte der Generalsekretär des Ständigen Sekretariats der afro-asiatischen Solidarität, Joussef es Sebai, vor der Konferenz ausführlich die Aufgaben dar, deren Lösung die Zukunft erfordert. An erster Stelle steht nach wie vor der Kampf um die Freiheit und gegen die Gefahr des Neokolonialismus. Das Freiheitsverlangen der afrikanischen Völker ist so übermächtig, daß heute schon abzusehen ist, daß in naher Zukunft die Unabhängigkeitsbewegung auf dem ganzen afrikanischen Kontinent siegreich sein wird. In diesem Zusammenhang verdient die Frage des Neokolonialismus besondere Bedeutung. Dieser Neokolonialismus erschöpft sich nicht in de Gaulles Plänen von der „Französisch-Afrikanischen Gemeinschaft“, er dokumentiert sich auch in der Politik der USA gegenüber den jungen Staaten, mit der unter dem Deckmantel der Hilfe versucht wird, auf die ökonomische Entwicklung Einfluß zu nehmen und die Wirtschaft der unabhängigen afrikanischen Länder in die Hände zu bekommen. Durch die historische Entwicklung gezwungen, geben die Imperialisten den Kolonialgebieten eine formelle Unabhängigkeit, verlassen in den Augen der Welt offiziell das Land, um durch die Hintertür der wirtschaftlichen Einflußnahme wieder hineinzukommen.

Dieser Neokolonialismus bedient sich der verschiedensten Methoden. So werden z. B., bevor die Kolonialisten das Land

verlassen, ihnen ergebene Kreaturen als Führer des Landes eingesetzt, und die Kolonialherren helfen ihnen, das Volk zu unterdrücken. In anderen Fällen geben die Imperialisten dem Land zwar die formelle Unabhängigkeit, behalten sich jedoch die Kontrolle über die Industrie und den Handel vor und stationieren militärische Einheiten. Ein typisches Beispiel für den Neokolonialismus bietet Kamerun. Offiziell ist Kamerun unabhängig; aber die Wirtschaft liegt in den Händen der Franzosen, die darüber hinaus auch die Schlüsselpositionen in Verwaltung, Polizei und Armee einnehmen.

Die neokolonialistische Hauptmethode der Imperialisten ist es jedoch, über sogenannte Entwicklungshilfen in die befreiten Länder einzudringen. Typische Vertreter dieser Formen sind besonders jene Länder, wie die USA und Westdeutschland, die immer wieder in den Vordergrund stellen, daß sie durch keine „Kolonialpraxis“ vorbelastet seien. Sie versuchen nicht nur, das wirtschaftliche Leben der von ihnen als unterentwickelt bezeichneten Länder in ihre Hand zu bekommen, sondern auch Einfluß auf die Kultur zu gewinnen, ihre imperialistische Ideologie zu verbreiten, diese Länder schließlich in das Lager der Militärpakte hinüberzuziehen und in ihre Kriegsvorbereitungen einzuspannen. Weil die afro-asiatischen Völker das erkannt haben, setzen viele den Kampf gegen den Neokolonialismus heute bereits mit ihrem Freiheitskampf gleich.

Während die meisten Kolonialgebiete beachtliche Fortschritte im Unabhängigkeitskampf machen konnten, sind die unter portugiesischer Herrschaft stehenden Territorien am weitesten zurückgeblieben. Mit allen ihm zur Verfügung stehenden Terrormitteln hält das faschistische Regime Portugals seine Kolonien unter der Knute. Nur so ist es möglich, daß dieses kleine Land seine Kolonien wie Angola und Mozambique noch beherrscht und Goas Anschluß an die Indische Union verhindern kann. Deshalb sagen die afro-asiatischen Völker Portugal ebenso unerbittlich den Kampf an wie dem faschistischen Regime des Rassenterrors in Südafrika, das sich über die Weltmeinung hinwegsetzen zu können glaubt. Die afro-asiatischen Völker sind entschlossen, wirksame Maßnahmen gegen die Rassenhetzer in Südafrika zu ergreifen, um sie zu zwingen, die Charta der Vereinten Nationen zu achten.

Das Augenmerk und die Hilfe der Völker Asiens und Afrikas wird weiterhin auch dem heroischen Kampf Algeriens um seine Freiheit gelten. Das Angebot de Gaulles, dem Lande die Selbstbestimmung zu gewähren, hat sich in dem Moment als Betrug erwiesen, als die Frage nach Garantien für diese Selbstbestimmung ohne Antwort blieb. Selbst die Schritte, die von den Vereinten Nationen unternommen wurden, um diesen schmutzigen Krieg zu beenden, blieben ohne Erfolg. Die einzige Alternative, vor der sich die afro-asiatischen Völker ge-

stellt sehen, ist, Sanktionen gegenüber Frankreich zu verhängen und eine Freiwilligenarmee aufzustellen, die an der Seite der algerischen Befreiungsarmee für die Freiheit des Landes kämpft.

Die afro-asiatischen Völker werden weiterhin auch den Kampf ihrer koreanischen und vietnamesischen Brüder um die friedliche Wiedervereinigung ihrer Länder unterstützen. Das Haupthindernis für die Einheit in diesen beiden Ländern ist die Anwesenheit fremder Truppen in Südkorea und Südvietnam. Der Abzug dieser Truppen ist deshalb ebenso notwendig wie die Erfüllung des Genfer Übereinkommens, in ganz Vietnam freie, demokratische Wahlen abzuhalten.

Die Obstruktionspolitik der USA hat bisher die Einsetzung der Volksrepublik China in ihre legalen Rechte als Mitglied der Vereinten Nationen und die Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in die UN verhindert. Die afro-asiatischen Völker beziehen in dieser Frage eine klare Stellung: Der Weltfriede erfordert den Ausschluß der Tschiang-Kai-schek-Clique aus der UN, damit Volkschina seinen legalen Platz einnehmen kann, und die Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in diese Weltorganisation.

Energisch wollen die Völker der beiden Kontinente ihren Kampf gegen die aggressiven Militärpakte SEATO, CENTO und die mit ihnen verbundene NATO fortsetzen, weil diese Bündnisse nicht nur den Frieden bedrohen, sondern auch eine ernstzunehmende Gefahr für die Freiheit der afro-asiatischen Länder sind. Schon zeichnet sich ein neuer Pakt mit Südkorea, Japan und dem Marionetten-Regime in Taiwan, die sogenannte NEATO, ab. Die beabsichtigte Ausrüstung dieser Paktstaaten mit Kernwaffen würde die Gefahr eines Krieges ins Unermeßliche steigern. Eine solche Entwicklung kann den afro-asiatischen Völkern nicht gleichgültig sein. Deshalb wollen diese Völker auch den Kampf für das Verbot der Kernwaffen und eine totale Abrüstung weiter verstärken. Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung fühlt sich als Teil der weltweiten Friedensbewegung. Ihre volle Unterstützung gilt deshalb auch dem Vorschlag der Sowjetunion für eine umfassende und vollständige Abrüstung, um eine Welt ohne Furcht vor einem neuen vernichtenden Krieg zu schaffen.

In einer Zeit, da sich alle Völker gegen den Kolonialismus erheben, kann die koloniale Frage nicht mehr die alleinige Angelegenheit der Kolonialmächte und der von ihnen unterdrückten Nationen sein. Die Kolonialmächte haben in den UN ständig die Meinung vertreten, daß dieses Gremium sich nicht mit der Kolonialfrage beschäftigen dürfe, weil es sich dabei um innere Angelegenheiten der einzelnen Staaten handle. Das erschwerte naturgemäß das Vorgehen der afro-asiatischen und der anderen freiheitsliebenden Nationen in

den UN, die eine friedliche Regelung der Kolonialfrage wünschen. Die afro-asiatischen Völker wollen deshalb eine Änderung der UN-Charta vorschlagen, die es ermöglichen soll, die Kolonialfrage in diesem Gremium frei und ungehindert zu diskutieren. Für ebenso notwendig erachten die afro-asiatischen Völker die Beendigung der Treuhänderschaft über afrikanische Gebiete. Abgesehen davon, daß die betroffenen Länder reif genug sind, sich selbst zu verwalten, ist es doch offensichtlich, daß die mit der Treuhänderschaft betrauten Kolonialisten die Ungeeignetsten sind, eine solche Funktion als Entwicklungshelfer auszuüben.

Eine außerordentlich wichtige Frage, vor der die jungen Staaten Afrikas und Asiens stehen, ist die Stärkung ihrer Unabhängigkeit, die Entwicklung der Wirtschaft, an erster Stelle der Ausbau einer eigenen Industrie und die Herstellung wirtschaftlicher und Handelsbeziehungen zu anderen Ländern auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens. Die Völker, die ohne fremde Unterdrücker erste Erfolge auf dem Wege zu ihrer völligen Unabhängigkeit errungen haben, werden sich nie wieder unter ein koloniales Joch beugen. Wenn nur ein Teil der Ausgaben für Rüstung und Kriegsvorbereitung zu uneigennütziger Hilfe für die noch nicht entwickelten Länder bereitgestellt würde, könnten Afrika und Asien bedeutend schneller einer neuen Epoche wirtschaftlicher Blüte entgegengehen. Man könnte es auch so sagen, daß damit die Kolonialmächte einen Teil ihrer Schuld den jahrhundertlang ausgebeuteten Ländern gegenüber abtragen können. Aber die Imperialisten, die in der Vergangenheit das Blut und die Tränen von Millionen in Gold verwandelten, wollen auch heute noch aus den unterentwickelten Ländern ihren Profit ziehen.

Den Gelehrten steht die dankbare Aufgabe bevor, ein reales, wahrheitsgemäßes Bild der Geschichte des jahrhundertlangen Kampfes der afrikanischen Völker zu schaffen, das auch die hohe Entwicklung der Kultur zeigt. Diese Aufgabe ist deshalb so wichtig, weil Geschichte und Kultur Afrikas von den Kolonialisten stets in einem falschen Licht dargestellt wurden. In westlichen Werken wurde die Geschichte Afrikas als ein Teil der Geschichte der Kolonialmächte behandelt, wurde sie in Zusammenhang gebracht mit den Auseinandersetzungen der Imperialisten um Afrika. Alle Namen der Eroberer und Unterdrücker Afrikas kann man in solchen Werken finden. Aber es ist ein nutzloses Unterfangen, einen wirklichkeitsgetreuen Bericht über den jahrhundertlangen Kampf um die Freiheit dieser Völker entdecken zu wollen. Deshalb betrachten es die afro-asiatischen Völker für die höchste Zeit, Geschichte und Kultur Afrikas zu rehabilitieren, und sie fordern die Historiker ihrer Länder auf, an diesem Werk mitzuarbeiten.

Um die Freundschaft zwischen den verschiedenen Nationen zu stärken, die Solidarität zu fördern, empfehlen die afro-asiatischen Völker ihren Regierungen, die kulturellen Kontakte auszudehnen, Delegationen der verschiedensten Berufsgruppen auszutauschen und gleichzeitig den Touristenverkehr zu erweitern. Darüber hinaus beabsichtigt die afro-asiatische Solidaritätsbewegung, Kontakte mit den friedens- und freiheitsliebenden Kräften Lateinamerikas aufzunehmen, weil sich viele Gemeinsamkeiten zwischen den afro-asiatischen und den lateinamerikanischen Völkern ergeben, ein Gedankenaustausch für beide Seiten fruchtbar sein kann und es notwendig ist, eine gewisse Einmütigkeit im Kampf gegen die Imperialisten auf der ganzen Welt herzustellen.

Millionen klagen an

Einen breiten Raum in der Diskussion nahmen die Auseinandersetzungen der Delegierten noch unterdrückter Länder mit den Praktiken der Kolonialherren ein. Immer wieder wurden die Kernwaffenversuche auf afrikanischem Boden, die Unterdrückungsmaßnahmen in den noch kolonialen Gebieten, die Massaker in Südafrika und der schmutzige Krieg in Algerien angeklagt. Der Vertreter der Uganda-Delegation zum Beispiel brandmarkte die brutale Herrschaft und die Mächenschaften der Engländer in seiner Heimat, indem er von den Terrorakten gegen Freiheitskämpfer berichtete. „Skrupellos auf Menschen zu schießen“, so führte er aus, „deren Vergehen darin bestand, daß sie Würde, Freiheit und nationale Unabhängigkeit forderten, ist zugleich auch ein wohlüberlegter Einschüchterungsversuch gegenüber der ganzen Unabhängigkeitsbewegung in Afrika. Aber die Solidarität und Brüderlichkeit der afro-asiatischen Völker wird nicht eher ruhen, bis alle Söhne und Töchter Asiens und Afrikas frei sind.“

Ähnliche Worte fand der Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Algeriens, Dr. Fanon, der erklärte, daß eine internationale Entspannung nur möglich ist, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein anerkannt wird. Sowohl der Algerienkrieg wie auch die Atombombenversuche der französischen Imperialisten in der Sahara sind jedoch geeignet, die Spannung aufrechtzuerhalten. Sie wollen die Völker einschüchtern und den Frieden sabotieren. Dr. Fanon ließ keinen Zweifel daran, daß Algerien seinen gerechten Kampf bis zum siegreichen Ende führen wird. Algerien sei gewillt, seine Unabhängigkeit auf dem Verhandlungswege zu erlangen. Es sei auch bereit, den Europäern demokratische Rechte und Freiheiten zu garantieren, die sich für das Wohl einer demokratischen und sozialen Republik Algeriens einsetzen und sie respektieren. Aber die französischen Imperialisten müssen endlich erkennen, daß Algerien nicht französisch ist, sondern arabisch, daß es nicht zu Frankreich gehört, son-

dern zu Afrika. Solange jedoch Frankreich seine „Befriedigungsaktionen“ fortsetze, werde die algerische Befreiungsarmee kämpfen, bis das Land befreit ist. Auch die indische Chefdelegierte, Frau Rameshwari Nehru, verurteilte die Provokationen der französischen Imperialisten und setzte sich für die sofortige Anerkennung der provisorischen Regierung Algeriens ein. „Die Beispiele Guineas und Ghanas beweisen“, so betonte sie, „daß die Afrikaner ihre eigenen Angelegenheiten millionenmal besser regeln können als ihre sogenannten Beschützer und Förderer.“

Die Mächenschaften der Engländer deckte der Sprecher der rhodesischen Delegation auf. „Wir Afrikaner Nordrhodesiens sind Fremde im eigenen Land“, so rief er aus. Von allen Rechten gesetzlich ausgeschlossen, müssen die Rhodesier sehen, wie die europäischen Siedler sich das Land zu eigen machen und ständig neue Einwanderer ins Land gezogen werden. Viele dieser bevorzugten Einwanderer kommen aus Ländern, gegen die Rhodesier im Vertrauen auf britische Versprechungen vor zwei Jahrzehnten an der Seite Englands gekämpft haben. Der Dank war blutige Unterdrückung aller Bestrebungen nach Selbstverwaltung und Unabhängigkeit. Zwar wurden Wahlen zugelassen, die Bevölkerung jedoch in drei Gruppen geteilt. Vollstimmberechtigte müssen über ein Jahreseinkommen von mindestens 300 £, ein Vermögen von 500 £ und eine achtjährige Schulausbildung verfügen. Eine Drittelstimme bekommen diejenigen zugesprochen, die einen Jahresverdienst von 120 £, 500 £ Vermögen besitzen und die englische Sprache beherrschen. Alle anderen sind nicht stimmberechtigt. Wenn man bedenkt, daß in der bestzahlenden Industrie des Landes — in den Kupferminen — ein Weißer jährlich 932 £, ein Afrikaner aber nur 99 £ verdient, so wird ersichtlich, daß Millionen Neger bei diesen „Wahlen“ keine Stimme haben. Und diese Praktiken werden auch in anderen Gebieten Afrikas geübt, denen man den Anschein einer „Demokratie“ geben will.

Ein großer Teil der Diskussionsredner setzte sich darüber hinaus auch mit dem Neokolonialismus auseinander. So erklärte zum Beispiel der Sprecher der Delegation Kenias: „Während ihres Unabhängigkeitskrieges erklärten die Amerikaner, daß sie niemals am Imperialismus teilhaben werden. Heute hilft das amerikanische Kapital bei der Unterdrückung der Neger in Südafrika, hilft den Franzosen im Algerienkrieg und bei den Massakern in Kamerun, den Engländern und anderen bei der Errichtung von Militärstützpunkten in Kenia. Die unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas mögen sich hüten, daß sie nicht Teilhaber der imperialistischen Übel werden.“

Diese Mahnung war vor allem an jene Kreise gerichtet, die auch auf dieser Konferenz versuchten, ihre Aufträge als bereitwillige Helfershelfer der Imperialisten auszuführen und Mißtöne in Conakry zu erzeugen. Es waren vor allem Anhänger

der Tschiang-Kai-schek-Clique, die als Vertreter Taiwans zu sprechen vorgaben, und Vertreter Südvietnams. Sie suchten die Konferenz zu provozieren und von der Diskussion der Hauptfragen abzulenken. Ihre im Interesse der Imperialisten vorgetragenen Vorstöße wurden jedoch von den anderen Delegationen in gebührendem Maße zurückgewiesen.

Vor allem die USA und Westdeutschland wurden als neokolonialistische Mächte angeprangert. Der japanische Chefdelegierte zum Beispiel warnte vor einer neuen Achse Bonn-Tokio, als er erklärte: „Japan beschreitet den Weg des Wiedererstehens des Militarismus und der überseeischen Expansion des Imperialismus. Dies stellt zusammen mit dem Wiedererstehen des westdeutschen Militarismus in Europa eine ernste Gefahr für den Weltfrieden dar. Der Besuch des westdeutschen Kanzlers Adenauer Ende März und seine Besprechungen mit Kishi haben an die japanisch-deutsche Achse im letzten Krieg erinnert.“ Der Vertreter des Sudan rief zur Wachsamkeit gegenüber den neokolonialistischen Ambitionen der USA auf, die sein Land unter der Maske der Hilfe wieder in koloniale Ketten gelegt haben, die gemeinsam mit Westdeutschland die Wirtschaft des Sudan beherrschen und dazu beigetragen haben, das jedes demokratische Leben erstickt ist. Auch der indische Vertreter Malaviya setzte sich mit dem westdeutschen Neokolonialismus auseinander. „Die Völker Asiens und Afrikas“, so führte er aus, „haben nicht das frühere koloniale Wettrennen vergessen, in dem die deutschen Kolonialherren eine führende Rolle spielten. Die westdeutschen Monopolherren sind in letzter Zeit wieder in den Ländern Afrikas und Asiens besonders aktiv geworden, die sich befreit haben. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig sein.“ Schwere Anklage gegen die westdeutschen Imperialisten erhob auch der Vertreter Kameruns, Dr. Moumie, der nachwies, daß sie die gewaltsame Unterdrückung der Bevölkerung Kameruns unterstützen. Er forderte, jede Form ausländischer Herrschaft zu bekämpfen, „ganz gleich, ob es sich um eine amerikanische, britische, französische, westdeutsche oder eine andere Herrschaft handelt“.

Nicht alle Delegierten der unabhängigen Staaten traten so entschieden, eindeutig und revolutionär auf wie die Vertreter der nationalen Bewegungen jener Länder, die um ihre Freiheit ringen. In manchen Diskussionsbeiträgen wurden deutlich nationalistische Züge sichtbar, die von den Widersprüchen zeugten, die in einzelnen der unabhängigen Länder auftreten und meist auf entscheidende Widersprüche zwischen den Interessen einer sich von den nationalen Belangen abwendenden Bourgeoisie und den Interessen der breiten Massen des Volkes zurückzuführen sind. Einige Redner vertraten auch die These von einer sogenannten „positiven Neutralität“, deren Grundtendenz dahin geht, alles Gute und Edle — Gleichberechtigung, sozialer Fortschritt im allgemeinen, Friede — aufzunehmen, dabei jedoch eine „dritte Kraft“ zu bilden, die zwischen den

beiden Lagern die Waage hält. Abseits vom sozialistischen Lager und ohne seine Existenz aber wäre der Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus eine Utopie. Aus diesem Grunde wurde von der großen Mehrheit der Delegierten immer wieder die Einheit der Solidaritätsbewegung gegen Imperialismus und Kolonialismus betont, die sowohl sozialistische als auch nichtsozialistische Länder umfaßt und die allein der Garant für den Erfolg des Kampfes ist.

Deshalb stellten zahlreiche Diskussionsredner auch der Politik des Neokolonialismus, den Machenschaften des von den westdeutschen Imperialisten beherrschten „Gemeinsamen Marktes“ die uneigennützig und ohne diskriminierende Bedingungen gewährte Hilfe und die auf vertrauensvoller Zusammenarbeit beruhende aufrichtige Außenpolitik der Sowjetunion wie des gesamten sozialistischen Lagers gegenüber. Für die jungen Staaten in Asien und Afrika ist diese Politik besonders deshalb eine unschätzbare wertvolle Hilfe, weil sie die befreiten Staaten nicht nur in ihrer ökonomischen Entwicklung unterstützt, sondern weil sie auch eine Quelle der Freundschaft und des Vertrauens ist und die afro-asiatischen Völker in ihrem Willen bestärkt, ihre eigene, auf den Prinzipien von Bandung beruhende Politik fortzusetzen. Der Vertreter Ugandas faßte diese Erkenntnis mit den Worten zusammen: „Die Völker Afrikas und Asiens können nicht die Rolle der Sowjetunion und der sozialistischen Länder vergessen, die durch ihren Kampf gegen den Imperialismus unser Ringen um Unabhängigkeit gefördert haben.“

Der sowjetische Chefdelegierte auf der Konferenz von Conakry, Mirso Tursun-Sade, bestätigte in der Erklärung seiner Delegation diese Politik, indem er betonte, daß die Sowjetmenschen rückhaltlos den gerechten Kampf der Völker Algeriens, Omans, Kenias, Ugandas, Äquatorialafrikas und in allen anderen Kolonien unterstützen und auch weiterhin den Völkern Afrikas und Asiens bei der Erringung nicht nur ihrer politischen, sondern auch ihrer ökonomischen Unabhängigkeit, bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft und einer nationalen Industrie helfen werden.

Einen deutlichen Beweis für die Unterstützung, die die Sowjetunion den afro-asiatischen Völkern bei der Entwicklung ihrer Länder gewährt, ist neben aller wirtschaftlicher und technischer Hilfe auch die „Universität der Völkerfreundschaft“ in der Sowjetunion, in der Tausende junger Wissenschaftler und technischer Kader der afro-asiatischen Länder ihre Ausbildung erfahren.

Die Kampfsolidarität wurde gefestigt

Die II. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz dokumentierte in ihrem ganzen Verlauf die Einheit der Völker beider Kontinente in dem Willen, den Imperialismus und Kolonialismus

für immer zu beseitigen, die Unabhängigkeit für alle Völker zu erringen und den Frieden zu sichern. Diese Tatsache findet besonders in den Resolutionen dieser Konferenz ihren Ausdruck. Die Konferenz verabschiedete Resolutionen zur Lage in den einzelnen afrikanischen Ländern, wie zum Beispiel Mauretania, Kamerun, Basutoland, Betschuanaland, Swaziland, Angola, Südwestafrika usw., und zu bestimmten politischen und wirtschaftlichen Fragen. So wird die vom amerikanischen, englischen, französischen Imperialismus betriebene Politik der Unterdrückung, der Bedrohung des Friedens und der Unabhängigkeit der Völker ebenso mit scharfen Worten verurteilt wie die Kernwaffenversuche und die atomare Aufrüstung. Gleichzeitig wird die Festlegung genauer Termine für die Unabhängigkeit aller Länder Asiens und Afrikas gefordert.

Eine besondere Resolution befaßt sich mit den Fragen der Koexistenz und der Abrüstung. Darin heißt es unter anderem: „Die Vertreter der afrikanischen und asiatischen Völker bekräftigen entschieden, daß die Einhaltung der Beschlüsse von Bandung und die Beseitigung des Kolonialismus und aller Formen der imperialistischen Herrschaft für die friedliche Koexistenz und für den Weltfrieden notwendig sind... Sie stellen fest, daß die Fortsetzung von Kolonialkriegen sowie die Aufrechterhaltung von Vorherrschaft und Ausbeutung ein Hindernis für die internationale Entspannung und die Ursache für Konflikte und eine ständige Bedrohung der Sicherheit der Völker und des Weltfriedens darstellen... Die Konferenzteilnehmer fordern weiter die Auflösung der Militärpakte, die sofortige Beseitigung aller ausländischen Militärbasen und den Abzug aller ausländischen Streitkräfte und Militärmissionen. Sie fordern die Regierungen auf, möglichst bald ein feierliches Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen, über die allgemeine und vollständige Abrüstung und über die Vernichtung der Atomwaffen zu beschließen.“

Die wirtschaftliche Rückständigkeit der befreiten Länder wird in der Resolution über ökonomische Fragen als Erbe des Kolonialismus bezeichnet, das es schnell zu überwinden gelte. Dazu könne auch ausländisches Kapital dienen, gegen dessen Aufnahme keine Bedenken bestehen, wenn keine politischen Bedingungen daran geknüpft sind. Die Resolution verurteilt jedoch eindeutig den „Gemeinsamen Markt“, die internationale Entwicklungsbehörde und den Dillon-Plan, die als Formen des Neokolonialismus nur bezwecken, die Wirtschaft Afrikas und Asiens als Rohstofflieferanten, als ökonomische Basis für das aggressive NATO-Bündnis zu behalten, und den Kolonialmächten zur weiteren Bereicherung dienen sollen. Die Konferenz erklärte deshalb, „daß der Kampf für die völlige ökonomische Unabhängigkeit die Hauptfrage für alle Länder Afrikas und Asiens ist, die die politische Unabhängigkeit haben. Der

Kampf für ökonomische Unabhängigkeit ist ebensowenig von der politischen Unabhängigkeit zu trennen wie vom Kampf für den Weltfrieden“.

Weitgehende Empfehlungen enthält auch die Resolution zu sozialen Fragen. Für die Frauen fordert diese Resolution die Gewährung politischer Rechte in allen Ländern, gleiches Recht auf Arbeit und Entlohnung, vollbezahlten Urlaub nach Geburten, soziale Fürsorge für werktätige Frauen und die Kinder. Auch für das Gesundheitswesen werden eine Reihe wesentlicher Forderungen erhoben, wie das Recht eines jeden Bürgers auf umfassende Krankenversicherung und die Verbesserung des sozialen Gesundheitswesens. Für die Verbesserung der Lage der Werktätigen empfiehlt die Resolution nicht nur die Gewährung demokratischer Grundrechte, den Zusammenschluß zu Gewerkschaften und deren Zusammenarbeit, sondern auch eine Bodenreform, Maßnahmen zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und zur Hebung des Lebensstandards, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Festsetzung von Mindestlöhnen.

Auf kulturellem Gebiet hat die Konferenz die Schaffung von Kommissionen vorgeschlagen, die es sich zur Aufgabe machen sollen, die Bildung der afrikanischen und asiatischen Menschen zu fördern, den politischen Gedanken kulturellen Ausdruck zu verleihen, die speziellen Probleme der afro-asiatischen Völker zu vertreten, Kulturkongresse zu organisieren und für die Verwirklichung der Kulturrevolutionen von Kairo und Conakry zu sorgen. Ins einzelne gehende Forderungen haben vor allem eine Unterstützung der noch unter Kolonialherrschaft stehenden Völker in Bildungsfragen, die allgemeine Verbreitung von Werken der Kultur, die Gründung von Filmgesellschaften wie überhaupt die Verbesserung der kulturellen Zusammenarbeit im Auge.

Als gemeinsame politische Willensäußerung der afro-asiatischen Völker verabschiedete die II. Solidaritätskonferenz eine Deklaration, in der sich die Delegierten noch einmal nachdrücklich zu den Prinzipien von Bandung bekennen und erklären, alles zu tun, um die Unabhängigkeit ihrer Völker zu wahren und sie den Völkern erringen zu helfen, die sie noch nicht besitzen. Gleichzeitig bekundet sie den Glauben der afro-asiatischen Völker an ein neues Zeitalter des Friedens und des Fortschritts der Menschheit, das sie mit ihrem Kampf gegen den Imperialismus mit vorbereiten wollen.

Zur Verstärkung dieses Kampfes beschloß die II. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz, als Weiterentwicklung der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung die „Organisation für afro-asiatische Völkersolidarität“ zu schaffen. Mitglieder dieser Organisation sind alle nationalen Solidaritätskomitees in Asien und Afrika, die Volksbewegungen, politische, gewerk-

schaftliche und andere Gruppen, die den Zielen der Organisation zustimmen. Die Organisation besteht aus:

1. der Konferenz, die alle zwei Jahre tagt;
2. dem Rat der Organisation, dem die Chefs aller Delegationen der Konferenz angehören. Der Rat tagt während der Konferenz und einmal zwischen den Konferenztagungen;
3. dem Komitee der Direktoren, das 27 Personen umfaßt und vom Rat der Organisation für zwei Jahre gewählt wird. Das Komitee gilt als Exekutivorgan und tagt zweimal jährlich. Es setzt sich aus Vertretern aus 13 afrikanischen und 14 asiatischen Ländern zusammen. Ihm gehören alle asiatischen sozialistischen Länder an;
4. dem Ständigen Sekretariat, dem der Generalsekretär und 11 Sekretäre angehören. Es wird vom Komitee der Direktoren gewählt und hat seinen Sitz in Kairo.

Ein spezieller Finanzfonds soll die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen materiell sichern.

Die Organisation erklärt es als ihr Ziel, „den Kampf der afro-asiatischen Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus, für die Beschleunigung der Befreiung der Völker und für die Sicherung ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung zu vereinen und zu koordinieren“.

Diese organisatorische Festigung der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung wird zweifellos dazu beitragen, den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus noch erfolgreicher zu führen und damit das Kräfteverhältnis in der Welt weiter zugunsten des Friedenslagers zu verändern.

Die Haltung der beiden deutschen Staaten zur nationalen Befreiungsbewegung

„Wir reichen allen Menschen unsere Hand zur Freundschaft“, heißt es in der Deklaration von Conakry. „Aber lange und bittere Erfahrungen haben uns gelehrt, Freunde und Feinde zu unterscheiden.“

Die afro-asiatischen Völker haben sehr wohl erkannt, welcher der beiden deutschen Staaten sich in aufrichtiger Freundschaft mit ihnen verbunden fühlt. Es liegt in der Natur einer Arbeiter-und-Bauern-Macht, all jenen zur Seite zu stehen, die unterdrückt sind, die darangehen, die Fesseln des Kolonialismus abzuwerfen, oder die im Kampf gegen den Imperialismus ihre Unabhängigkeit verteidigen und festigen.

Eine ganz andere Politik verfolgt der Bonner Staat. Er ist der Interessenvertreter des deutschen Imperialismus und Militarismus, und seine Politik kann nur eine imperialistische sein. Zwar versucht der westdeutsche Staat, in den afro-asiatischen Ländern als antikolonialer Staat, als Staat, der kolonial nicht „vorbelastet“ sei, zu erscheinen, wobei ihm die Tatsache zunutze kommt, daß dem deutschen Imperialismus im Gefolge

des ersten Weltkrieges die Kolonien genommen wurden. Aber immer deutlicher erkennen die Völker Asiens und Afrikas, daß Westdeutschland zu den typischen Vertretern des Neokolonialismus gehört. In dem Bestreben, Einfluß auf die Wirtschaft der jungen Staaten zu erlangen, knüpfen die westdeutschen Imperialisten alte koloniale Verbindungen wieder an. Als Beispiel mag die Tatsache dienen, daß man den alten Herzog von Mecklenburg, den letzten deutschen Gouverneur von Togo, unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung Togos dorthin schickte, um den Boden für die westdeutschen Monopole vorzubereiten. Unter dem Deckmantel, den jungen unabhängigen Staaten ökonomische „Hilfe“ leisten zu wollen, versuchen die westdeutschen Imperialisten, sich diese Länder als Rohstoffbasen zu sichern. Über den „Gemeinsamen Markt“, der faktisch von den westdeutschen Monopolen beherrscht wird, wollen sie sich auch an der Ausbeutung jener Gebiete Afrikas beteiligen, die von den europäischen Kolonialmächten noch politisch oder ökonomisch abhängig sind.

Ferner offenbart sich die neokolonialistische Politik Westdeutschlands auch in der Unterstützung der alten Kolonialmächte bei der Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegung. Durch die finanzielle Hilfe, die die Bonner Regierung Frankreich gewährt — in den letzten Jahren etwa 2 Milliarden Mark —, ermöglicht sie den französischen Imperialisten die Weiterführung des Algerienkrieges. Unter offizieller Duldung Bonns kämpfen ehemalige Nazioffiziere und tausende junge Westdeutsche in den Reihen der Fremdenlegion gegen das algerische Volk. Während der englisch-französisch-israelischen Aggression gegen Ägypten stand Westdeutschland an der Seite der Aggressoren. Als die USA und England mit ihren Truppenlandungen im Libanon und in Jordanien die irakische Revolution bedrohten, stellte Westdeutschland den Aggressoren seine Flugplätze zur Verfügung.

Die Haltung Westdeutschlands gegenüber den afrikanischen Völkern kommt schließlich noch in den Worten zum Ausdruck, die der Bundespräsident Lübke, damals noch Adenauers Minister, angesichts des Rassenterrors in Südafrika fand: „Südafrika hat in Verbindung mit dem Eingeborenenproblem große Erfahrungen gewonnen. Erfahrungen dieser Art wären auch für andere Länder des afrikanischen Kontinents von Nutzen. Das Eingeborenenproblem ist hier in guten Händen.“

Völlig entgegengesetzt ist die Haltung der Deutschen Demokratischen Republik zur Unabhängigkeitsbewegung und zu den jungen Staaten Asiens und Afrikas. Sie erkennt die unabhängigen Nationalstaaten nicht nur als gleichberechtigt an, sondern hilft ihnen in ihrer Entwicklung auf allen Gebieten. Die zahlreichen wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Abkommen der DDR mit vielen dieser Staaten sind ein beredtes Zeugnis dieser Politik. Sie unterstützen die jungen unabhän-

gigen Staaten Asiens und Afrikas durch Förderung des Warenaustausches und technisch-wirtschaftliche Hilfe, die ohne politische Bedingungen gewährt wird. Die DDR schickt Fachleute unserer Industrie in diese Länder, die dort neue Werke errichten und beim Aufbau einer nationalen Industrie helfen, sie bildet Facharbeiter aus, gibt der heranwachsenden Intelligenz Studienmöglichkeiten auf unseren Universitäten und tauscht mit diesen Ländern wirtschaftliche und Kulturdelegationen aus, um die Freundschaft zu vertiefen.

Unsere Republik gehört auch stets zu den ersten, die einen neuen unabhängigen Staat anerkennen. Als die Revolution im Irak gesiegt hatte, erkannte die DDR die junge Republik sofort an, Westdeutschland brauchte aus Rücksicht auf die NATO-Partner dazu drei Wochen. Bereits fünf Wochen nach der Unabhängigkeitserklärung Guineas schloß unsere Regierung mit diesem jungen Staat die ersten Verträge ab. Im Gegensatz zu Westdeutschland unterstützt die Deutsche Demokratische Republik Indonesien in der Westirianfrage und Indien in der Frage Goa und Kaschmir.

Diese Politik hat dazu geführt, daß das Verständnis für die Lage in Deutschland in den unabhängigen Nationalstaaten Asiens und Afrikas ständig wächst. Heute schon erkennen breite Kreise dieser Völker, daß es in Deutschland nicht schlechthin um die Wiedervereinigung, um eine „Familienangelegenheit“ der Deutschen geht, sondern daß die Deutsche Demokratische Republik einen Kampf gegen den Imperialismus, denselben gierigen westdeutschen Imperialismus führt, der sich anschickt, auch ihre Unabhängigkeit zu bedrohen. Sie erkennen immer klarer, daß sie in der DDR wie im gesamten sozialistischen Lager treue Verbündete in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus haben. Diese Erkenntnis ist schließlich auch die Ursache für das wachsende Vertrauen zu unserer Republik und für die zunehmende Achtung und Freundschaft, mit der sie unserer Republik begegnen.

Die Verbundenheit der sozialistischen Länder mit den afroasiatischen Völkern wird wesentlich dazu beitragen, den Kolonialismus endgültig zu beseitigen, den Imperialismus weiter zu schwächen und damit die Voraussetzungen zu schaffen für die Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz, für eine glückliche Zukunft in einer friedevollen Welt.

- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO – die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik – Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR – zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- *25 Prof. Dr. Rudolf Řičan: Josef L. Hromádka – Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika – Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion

- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- 40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- 41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- 42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- 43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- 44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- 46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Parteilitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM